

Änderungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Günther Toetemeyer, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau und weiterer Abgeordneter
— Drucksache 12/4314 —
Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Zaire
- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Günther Toetemeyer, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/4315 —
Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Togo
- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Günther Toetemeyer, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau und weiterer Abgeordneter
— Drucksache 12/4316 —
Durchführung demokratischer Präsidentschaftswahlen in Kamerun
- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Günther Toetemeyer, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/4920, 12/6122 —
Beendigung des Bürgerkrieges in Angola und Hilfe für die betroffenen Menschen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Abschnitt III – erhält folgende Fassung:

„III.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihre gemeinsam mit den EG-Partnern verfolgte Politik gegenüber Zaire und Togo konsequent fortzuführen sowie die künftige Gestaltung der Beziehungen zu diesen Staaten insbesondere von Fortschritten beim Demokratisierungsprozeß und der Beachtung der Menschenrechte, die notwendige Voraussetzungen für eine Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse darstellen, abhängig zu machen;

2. in Kamerun weiterhin ihren Einfluß zur Unterstützung des politischen Dialogs zwischen Regierung und Opposition geltend zu machen; weitere Fortschritte im Demokratisierungsprozeß Kameruns werden die Möglichkeiten für den Ausbau der bilateralen Beziehungen nachhaltig verbessern;
3. die Vereinten Nationen weiterhin bei ihren Vermittlungsbemühungen zwischen den Bürgerkriegsparteien in Angola sowie bei der Durchsetzung der Sicherheits-Resolutionen mit dem Ziel zu unterstützen, einen umgehenden Waffenstillstand zu erreichen und die zentralen Elemente der Friedensverträge vom Mai 1991 wieder mit Leben zu erfüllen.“

Bonn, den 11. November 1993

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion